

Änderungsantrag

der Abgeordneten Jan Korte, Steffen Bockhahn, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Roland Claus, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Petra Pau, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Frank Tempel und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7106, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012
(Haushaltsgesetz 2012)**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Das Bundesministerium des Innern bringt mit dem Haushaltsjahr 2012 eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Hauses in der NS-Zeit sowie des personellen und inhaltlichen Übergangs in die Bundesrepublik Deutschland – analog zu der Studie zur Geschichte des Auswärtigen Amts – auf den Weg.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung wird aus Kapitel 06 01 Titel 526 02 des Einzelplans finanziert. Der Titel 526 02 wird entsprechend um 2 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 22. November 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die vorgelegte Studie zur Geschichte des Auswärtigen Amts in der NS-Zeit und im Übergang zur Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass es noch einige wissenschaftliche Desiderate in der Darstellung zentraler Institutionen der NS-Zeit gibt

und dass vor allem die Frage des Übergangs dieser Institutionen in die Bundesrepublik Deutschland viel zu wenig erforscht ist. Zu diesen Institutionen zählt zweifelsohne das Bundesministerium des Innern (BMI). Personelle Kontinuitäten – und dies veranschaulicht die Studie zur Geschichte des Auswärtigen Amtes – 67 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes aufzuarbeiten, ist ein wichtiger Beitrag zur Historisierung der Geschichte der frühen Bundesrepublik und ihrer Bundesministerien.

Bis heute steht eine kritische Bilanz der personellen und inhaltlichen Kontinuitäten zwischen dem NS-Regime und der Bundesrepublik, bezogen auf die politischen Machtinstitutionen der Bundesrepublik, und damit auch bezogen auf das BMI, aus. Einige Institutionen haben begonnen, ihre Vergangenheit und personelle wie inhaltliche Kontinuitäten aufzuarbeiten (Bundeskriminalamt). Das BMI sollte dem nicht nachstehen.